



30. September 2026

Postulat

der Fraktionen SP, AL und Grüne

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er seinen Einfluss nutzen kann, um die Einführung von selbstfahrenden Robotaxis in der Stadt Zürich zu verhindern oder wenn nicht möglich, diese Angebote mittels Fahrverbotszonen an sensiblen Orten und in Wohnquartieren, Mengenbeschränkungen, Geschwindigkeitsbegrenzungen, klaren Drop-off-Regeln so zu regulieren, dass keine Verkehrs- und Stauzunahmen resultieren, weder ÖV noch Fuss- und Fahrradverkehr beeinträchtigt und die Ziele der Stadt zur Verkehrsberuhigung und Förderung von Aufenthaltsqualität und Velowegen nicht untergraben werden.

Begründung:

Der US-Konzern Uber verkündete Anfang Februar und im Juni 2026, noch im selben Jahr selbstfahrende Robotaxis in der Stadt Zürich einführen zu wollen. Damit will der Konzern die Stadt als Testfläche für dieses Angebot nutzen, wie er selbst erklärt. Zudem hat das Unternehmen Waymo in Zürich eine Niederlassung eröffnet, wohl mit dem selben Ziel. Ein solches Angebot ist für die Stadt Zürich, welche über ein gut ausgebautes ÖV-Angebot verfügt, unnötig und würde dieses konkurrenzieren. Es wäre damit zu rechnen, dass mit diesem Service zudem insbesondere Wege zu Fuss oder per Velo ersetzt würden. Dementsprechend würde sich das Fahrzeugaufkommen auf den ohnehin bereits stark ausgelasteten Strassen weiter erhöhen.

Ausserdem ist es fahrlässig, die Stadt Zürich mit ihrem hochkomplexen Verkehrssystem als Testlabor für ausbeuterische internationale Techkonzerne nutzbar zu machen. Auf engstem Raum verkehren hier Fussgänger:innen, Fahrräder, E-Scooter, Bus, Tram und eben der motorisierte Individualverkehr. Eine wenig erprobte Technologie wie die der automatisierten Fahrzeuge stellt in diesem Kontext ein hohes Sicherheitsrisiko für die Menschen, die auf den Strassen der Stadt unterwegs sind, dar. Es ist möglich, dass automatisiertes Fahren eines Tages die Person am Steuer punkto Sicherheit übertrifft. Der Eifer, zu den Ersten zu gehören, steht einer sorgfältigen und umfassenden Risikoanalyse allerdings im Wege.

Dass Bund und Kanton gewillt sind, den Betrieb selbstfahrender Fahrzeuge voranzutreiben und zu bewilligen, zeigt sich an der angepassten Gesetzgebung auf nationaler Ebene und unterschiedlichen Projekten, bei welchen automatisierte Fahrzeuge zum Einsatz kommen. Die Bewilligungen werden in einem intransparenten Verfahren durch den Bund vergeben. Die Stadt Zürich soll sich der vorschnellen Einführung solcher Systeme konsequent entgegensetzen und prüfen, wie eine Bewilligung dafür verhindert werden kann.

S. Blaser